Kenntnis für den proletarischen Klassenkampf und eine scharfe Kampfansage an das kapitalistische System des Hungers, des Krieges und des Faschismus. 1 318 042 Arbeiter und Werktätige haben mit ihrer Abstimmung dokumentiert, daß sie die Betrugspolitik und die Betrugsmanöver der SPD, die besonders in der Politik des „kleineren Uebels" zum Ausdruck kommt, durchschauen und unter Führung der KPD dagegen, ebenso wie gegen die Bourgeoisie und Nazis den schärfsten Kampf führen werden. Der KPD ist es somit gelungen, ihr Ziel zu erreichen und einen weiteren Schritt vorwärts zu machen in der Verstärkung und Verbreiterung der roten Einheitsfront zum Kampf für Arbeit und Brot, für die Verteidigung der Sowjetunion und für ein rotes Sachsen in einem freien sozialistischen Deutschland.

Die Deutschnationalen gingen soweit, zu erklären, daß sie ja gar nicht gegen die Schieckregierung seien, daß Herr Schieck ein Mann sei, der rechtschaffen und fleißig sein Amt ausübe „als bestellter Treuhänder der sächsischen Bevölkerung". Auch die Nazis vermieden in jeder Weise die Schieckregierung anzugreifen und führten ihre Agitation mit den demagogischsten Phrasen gegen das „System".

Trotz des überwältigenden Mißtrauensvotums eines großen Teils der sächsischen Bevölkerung gegen die Schieckdiktatur wird die Schieckregierung ihre volksfeindliche Politik fortsetzen. Ja, sie geht bereits dazu über, eine Kürzung der Unterstützungssätze der Erwerbslosen anzukündigen und damit weiter die Lage der Massen zu verschlechtern.

Wir Kommunisten prangern schon jetzt diese neuen Angriffe der Schieckregierung als das an, was sie sind: nämlich Maßnahmen im Sinne und in der Linie der Politik des Brüning-Groener-Kabinetts.

Wir Kommunisten sagen den werktätigen Massen Sachsens, daß wir nicht nachlassen werden, unseren Kampf gegen die Schieckregierung zu führen und daß sich die Richtigkeit unserer Politik gegen die Schieckdiktatur noch viel klarer zeigen wird, als jetzt schon in den Millionenstimmen für den roten Volksentscheid zum Ausdruck kommt.

Daß es bisher noch nicht gelungen ist, die Schieckregierung zu beseitigen, hat Schieck der Sozialdemokratie zu verdanken. Sie hat auch diesmal die Beauftragten des Oberscharfmachers Wittke gerettet. Gerade bei diesem Volksentscheid hat die SPD sich in aller Oeffentlichkeit als die treueste Stütze der Schieckregierung erwiesen. Diese neue Schandtat der Sozialdemokratie wird sie in den nächsten Wochen öffentlich vor den Massen zu verantworten haben.

Wir werden nicht müde werden, den Arbeitern in Sachsen immer wieder die verräterische Rolle der sozialdemokratischen Führer aufzuzeigen, um die Politik des „kleineren Uebels", die das größte Uebel für die Arbeiterklasse ist, weil damit große Teile der Arbeiterschaft in den Dienst der Kapitalisten gestellt werden, zurückzuschlagen.

Die rote Volksentscheidskampagne stand bereits im engsten Zusammenhang mit den Kämpfen in den Betrieben, gegen Lohnabbau und Urlaubsverschlechterungen und Unternehmerterror, stand im engsten Zusammenhang mit den Kämpfen der Erwerbslosen um ihre Forderungen, mit den Kämpfen der Mieter, gegen die Erhöhung der Mieten um 20 Prozent und der Kleinstromverbraucher, sie war ein Teil der Massenmobilisierung gegen die Offensive der Bourgeoisie auf die Lebenshaltung der werktätigen Massen.

Die Schieckregierung spekulierte bei der Festsetzung des Termins für den roten Volksentscheid mit einer gewissen Wahlmüdigkeit der Massen nach den zwei Wahlgängen zur Reichspräsidentenwahl. Sie spekulierte darauf, daß es nach den gewaltigen Anstrengungen, die die Reichspräsidentenwahlen erforderten, in den sieben Tagen nach dem 10. April nicht möglich sein würde, die Stimmenzahl des Volksbegehrens wesentlich zu erhöhen. Der gewaltige Erfolg des roten Volksentscheids besteht gerade darin, daß es trotz der Kürze der Zeit unter objektiven Schwierigkeiten gelungen ist, 1,3 Millionen gegen die reaktionäre Schieckregierung zu mobilisieren.

Ueber eine halbe Million der Werktätigen Sachsens sind dank der Aktivität und der unermüdlichen Aufklärungsarbeit der Kommunisten seit dem Volksbegehren im Dezember des vergangenen Jahres für die Kampffront gegen die Schieckdiktatur neu gewonnen worden.

Ohne Zweifel befinden sich unter denjenigen, die für die Auflösung des Landtages gestimmt haben, ein großer Teil Anhänger der NSDAP. Diese Tatsache kann jedoch den Charakter des Volksentscheids in keiner Weise beeinträchtigen. Es war und blieb bis zur letzten Stunde ein roter Volksentscheid, der unter den Losungen der Kommunistischen Partei geführt wurde, und in dem es den sächsischen Kommunisten gelang, die Massen gegen die Schieckdiktatur zu mobilisieren. Unterstrichen wird diese Tatsache dadurch, daß sich alle Gegenaktionen gegen den roten Volksentscheid, vor allem die des sogenannten „nationalen Ausschusses" und die gesamten Aktionen der Sozialdemokratie gegen uns, gegen die Kommunistische Partei richteten.

Die „Retter des Schieckkabinetts" forderten die sächsische Bevölkerung auf, sich gegen die „Befehle Moskaus" zur Wehr zu setzen und sich an der Abstimmung zum roten Volksentscheid nicht zu beteiligen.

Und die Nazis, sowie die Deutschnationalen, die vorgaben, für den Volksentscheid zu sein, erklärten schon bei der Einleitung des Volksentscheids durch die KPD, daß diese Aktion zu einer ungelegenen Zeit komme. Beim Volksbegehren im Dezember des vergangenen Jahres sabotierten sie es in einigen Gebieten Sachsens und auch jetzt bei der Durchführung des Volksentscheids, war von einer Agitation der Nazis kaum etwas zu sehen und zu hören.

Eine Etappe des Kampfes liegt hinter uns. Jetzt geht es vorwärts zu neuen Kämpfen zum Sturm gegen die Anschläge der Bourgeoisie. Vorwärts zum außerparlamentarischen Massenkampf gegen den neuen beabsichtigten Lohnraub.

Trefft alle Vorbereitungen für den roten Kampfmai 1932, der diesmal im Zeichen der neuen Angriffe der Unternehmer und der ernstesten Kriegsgefahr gegen die Sowjetunion stattfindet. Schafft die rote Einheitsfront für gewaltige Arbeiterdemonstrationen am 1. Mai. **Marschiert unter den Fahnen der KPD, im Zeichen von Sichel und Hammer!**

Tödlicher Unglücksfall im Steinkohlenwerk Zaucherode!

In der gestrigen Frühschicht ist auf dem Carolaschacht des Steinkohlenwerkes Zaucherode der AG Sächs. Werke, der Zimmerling Otto Martin L. aus Freital-Birkigt, bei zu Bruch gehen eines frisch gezimmerten Streckenkolbens tödlich verunglückt. Zu Bruch ist eine Strecke von 5 mal 5 Meter in einer Höhe von 8 Meter. Der Verunglückte ist verheiratet und Vater eines Kindes.

Imperialistische Kriegstreiber finanzieren die Nazis

Deterdings und Kreugers Millionen für Adolf Hitler

Unter den Papieren des Millionenbetrügers Kreuger ist eine Quittung Adolf Hitlers
Oelkönig Deterding unterstützt die Nazifremdenlegion

Stockholm, 18. April 1932 (Eig. Drahtb.)

Hiesige Zeitungen bringen die aufsehenerregende Mitteilung, daß die zur Untersuchung des Kreuger-Skandals eingesetzte Untersuchungskommission unter den von Kreuger hinterlassenen Papieren einwandfreie Dokumente gefunden hat, daß Ivar Kreuger, der bekanntlich ein wütender Kommunistenhasser war, dem Faschismus in Deutschland und der Konterrevolution in Spanien riesige Geldsummen zugewiesen hat.

Unter den Papieren fand man unter anderem eine von Adolf Hitler unterschriebene Quittung über 100 000 Mark. Außerdem sind eine Reihe weiterer Belege vorhanden, die beweisen, daß Kreuger seit dem Jahre 1929 die NSDAP direkt wie indirekt durch seine deutschen Untergesellschaften mit erheblichen Geldsummen und Krediten finanziert und unterstützt hat. Außer der Finanzierung der Hitler-Partei durch ausländische Kapitalisten an Hand einwandfreier Dokumente fand man auch eine vom Exkönig Alfons von Spanien, unterschriebene Quittung von 5 Millionen Peseten, die zur Finanzierung eines monarchistisch-faschistischen Putsches in Spanien dienen sollten.

Oelkönig Deterding und Hitlerpartei

Nachdem erst vor kurzem in Erfurt gerichtsnotarisch festgestellt wurde, daß die Nazis größere Geldzuwendungen von dem großen amerikanischen Warenhauskonzern Woolworth erhalten haben, werden jetzt neue aufsehenerregende Einzelheiten über die dunkelsten Geldquellen der Hitlerpartei bekannt. Es ist kein Geheimnis, daß der kostspielige Parteiapparat der Nazis und ihre Propaganda jährlich 90 Millionen Mark verschlingt, wovon höchstens 15 Millionen aus Beiträgen und Versammlungen aufgebracht werden. Selbst Anhänger der Nazipartei haben sich schon immer den Kopf zerbrochen, woher der Rest der Gelder wohl kommen möge. Das Dunkel über die Herkunft der Gelder wird jetzt mehr und mehr gelüftet. Ein bürgerliches Blatt schreibt in seiner Ausgabe vom 16. April darüber:

„Die Partei Hitlers hat merkwürdige Gönner über die ganze Welt verstreut sitzen. Da ist z. B. ein Teil der deutschen Großindustrie. Was sie bis zum 1. März aufgebracht hat, ist aber noch nicht mehr als fünf Millionen Mark gewesen. Für den zweiten Wahlgang ist dann noch ein Betrag von drei Millionen Mark gespendet worden. Der kleinste der Beträge war 100 Mark, große Verbände der Schwerindustrie haben über ihre Propagandastellen Hitler regelmäßig Geld zugeleitet. Trotz aller Ehrenurkunden sind aber nicht entfernt die Beträge herauszuholen gewesen, die man braucht. Woher also das Geld?"

Das Blatt sagt dann, daß jetzt

„unter den Geldgebern vielfach Sir Henry Deterding genannt wird, der Generalgewaltige der Royal Dutsch (Shell-Benzin."

Und warum dieser „fremdrassige" großkapitalistische Ausbeuter ausgerechnet die Nazipartei finanziert, das wird auch verraten.

„Deterding ist schon oft genannt worden, und auch jetzt wieder, weil er zu den Leuten gehört, die die alten Besitzverhältnisse auf dem russischen Erdölgebiet herstellen möchten und in ihrem fanatischen Antibolschewismus die Miettruppen hernehmen, wo sie sie kriegen."

Das ist deutlich genug! Hitler hat sich also nicht unwesentlich den ausländischen kapitalistischen Räubern als Verbündeter gegen die Sowjetunion angeboten. Die blutgierigsten kapitalistischen Profithyänen, die schlimmsten Kriegstreiber finanzieren die Hitlerpartei, weil sie in den Sturmtrupps dieser Partei, Landsknechte im Kriege gegen den Arbeiter- und Bauernstaat sehen.

Arbeiter, Genossen! Verbreitet diese Tatsachen überall, klärt die werktätigen Massen über die Rolle der Nazipartei auf. Oeffnet den proletarischen Mitläufern und Anhängern der Nazibewegung die Augen, schafft Klarheit darüber, daß die Hitlerpartei eine Schutztruppe des Kapitalismus und daß die nationalsozialistischen Führer die Freunde und Verbündeten der imperialistischen Kriegsverbrecher sind.

Es ist auch keine Zufälligkeit, daß der schwedische Zündholzkönig und Millionenbetrüger Kreuger, Hitler mit seinen gegaunerten Millionen unterstützte, denn auch er führte gegen Deterding einen fanatischen Kampf gegen das billige Sowjetzündholz, daß er bereits durch das mit der deutschen Regierung abgeschlossene Monopol vom deutschen Markt verdrängt ist. Hitler und die Nazipartei sind also auch Kreugers Landsknechte gegen den Bolschewismus. Sie sind bereit, für jede imperialistische Mächtegruppe Krieg gegen das Land des Sozialismus zu führen, und entlarven sich in immer größerem Ausmaße als Fremdenlegionäre des internationalen Finanzkapitals.

Es gibt nur eine Partei, die den Kampf um die soziale und nationale Befreiung, den Kampf um Arbeit und Brot führt – das ist die Kommunistische Partei!

Polizeifeldzug gegen KPD-Presse!

„Die Nachrichten" auf acht Wochen verboten. Preußische Wahlzeitung aus formalen Gründen mundtot gemacht

Der sozialdemokratische Polizeipräsident Grzesinski hat die kommunistische Tageszeitung „Die Nachrichten" auf 8 Wochen, bis 11. Juni 1932 einschließlich, verboten.

Das Verbot wird damit begründet, daß die Nachrichten angeblich als Ersatzblatt für die verbotene Rote Fahne geliefert wurden. Das ist unrichtig. Die Nachrichten werden nur an solche Abonnenten geliefert, die das Blatt bestellen. Und wenn der Verlag der Nachrichten an die Abonnenten der kommunistischen Presse Werbenummern verteilen läßt, so ist das eine Propagandamaßnahme, für deren Verbot kein Polizeipräsident eine notverordnungsmäßige Unterlage finden dürfte.

Die Wahlzeitung der preußischen Landtagsfraktion der KPD, „Rotes Preußen", ist vom SPD-Polizeipräsidenten Grzesinski bis zum 30. April, also bis nach den Landtagswahlen, verboten worden.

Dieses ungeheuerliche Verbot stützt sich darauf, daß die erste Nummer der Wahlzeitung vom Landtagsabgeordneten Genossen Schwenk verantwortlich gezeichnet wurde. Trotzdem die Polizei die Landtagsfraktion darauf aufmerksam gemacht hatte, daß dies nach den bestehenden Notverordnungen verboten sei, hat für die zweite Nummer ein „nicht immuner" Genosse gezeichnet. Trotzdem also die Forderung der Sozialfaschisten erfüllt wurde, hat Grzesinski verboten.

Wettervoraussage: Meist schwache Winde aus Richtungen um Nord-Ost. Mäßig bewölkt. Oertlich Nebel. Allgemein Temperaturverhältnisse nicht beträchtlich verändert. Keine erheblichen Niederschläge.

Ausdehnung des Bergarbeiterstreiks

Prag, 16. April.

Den 4 Schächten, die **seit Donnerstag im Streik** stehen, haben sich **gestern weitere 13 Schächte angeschlossen.** In den meisten Schächten ist **der Streik vollkommen.** Auf einer Reihe anderer Gruben sind nur Aufseher und sozialdemokratische Funktionäre eingefahren. Ueberall kam es nach der Arbeitseinstellung zu **großen Demonstrationen** für die Forderungen der Bergarbeiter, für den Generalstreik und gegen das Blutbad im nordböhmischen Revier. Es ist zu erwarten, daß sich auch die anderen Schächte der Bewegung anschließen. Der Streik im nordböhmischen Revier dauert an.

50 000 Teilnehmer am Begräbnis der erschossenen Arbeiter

Prag, 16. April.

Heute abend fand das Begräbnis der beiden Bergarbeiter statt, die anläßlich des Generalstreiks **von Gendarmen erschossen** wurden. Die Leichen der beiden gefallenen Arbeiter waren im **kommunistischen Volkshaus in Brüx** aufgebahrt. An den Särgen standen Ehrenwachen, gestellt von der Streikleitung und den revolutionären Arbeiterorganisationen. An den Särgen marschierten 16 000 Menschen vorbei. Am Nachmittag mußte der Saal, in dem die Leichen aufgebahrt waren, gesperrt werden, da immer größere Menschenmengen in den Saal eindrangen. In der Stadt waren **auf Verlangen** der Streikleitung alle Gendarmen und alles Militär **zurückgezogen.** Den Ordnungsdienst haben die Mitglieder der Streikleitung übernommen. Um 14.30 Uhr setzte sich vom kommunistischen Volkshaus der Zug mit den Leichen der beiden Bergarbeiter in Bewegung. Im Zuge, der den Särgen folgte, bewegten sich 25 000 Menschen. Weitere 25 000 bildeten in den Straßen, durch die der Zug marschierte, Spalier. Am offenen Grabe verabschiedete sich von den Gefallenen im Namen der gesamten Arbeiterschaft des nordböhmischen Reviers der Vertreter der Streikleitung und der revolutionären roten Gewerkschaften. Während der Reden marschierten immer neue Züge heran, die nicht mehr auf den Friedhof gelangen konnten.

Vor dem Friedhof wurden Meetings abgehalten, auf denen verschiedene Genossen, u. a. Genosse Gottwald, sprachen. Die Beteiligung an dem Begräbnis wird mit mehr als 50 000 geschätzt. Einen so ungeheuren Aufmarsch hat die Stadt überhaupt noch nicht gesehen. Bis spät abends marschierten die Züge am Friedhof vorbei.

Kommunisten vor die Front!

Die Kommunistische Partei steht am Abschluß einer großen Bewegung. Es gilt sofort den Versuchen entgegenzutreten, aus dieser Kampagne einen Mißerfolg für die Partei zu machen. Die Parteiorganisation muß die Lehren aus diesen Wahlkampf ziehen und die Aufgaben für jede Organisationseinheit festlegen und die Lehren ziehen, heißt aber nicht mit irgendwelchen brauchlerischen oder trotzkistischen Argumenten, mit opportunistischen Vorschlägen oder passiven Redereien die Diskussion ausfüllen. Lehren ziehen heißt: Ueberprüfen inwieweit die Kommunisten genügend scharf die Generallinie der Partei durchgeführt haben. Die BL hat für Mittwoch, den 20., in allen Teilen des Bezirks Mitgliederversammlungen angesetzt, in denen Referenten der BL referieren werden. Den Mitglieder-Versammlungen gehen Ortsgruppenleitungssitzungen voraus. Soweit hinter den Ortsgruppennamen andere Termine angegeben sind, findet die Versammlung an diesem Tage statt.

Alle Ortsgruppen, die das Versammlungslokal noch nicht bei der BL gemeldet haben, müssen dieses unverzüglich nachholen.

Jedes kommunistische Parteimitglied ist verpflichtet, an der Mitgliederversammlung seiner Ortsgruppe teilzunehmen.

Mitgliederversammlungen der Partei am Mittwoch, dem 20. April, 20 Uhr.

UB Bautzen: Bischofswerda; Löbau, Restaurant Kirchschulgasse. Neugersdorf, Stadt Zittau. Zittau (am 22. April).

UB Dresden: Freital. Heidenau. Kamenz, Schlesinger. Kötzschenbroda, Goldene Aue. Meißen. Pirna. Radebeul, Scharfe Ecke. Sebnitz, im Heim.

UB Freiberg: Brand-Erbisdorf, Arbeiterheim. Langenau. Marienberg, Rest. Wolla. Nossen. Oederan. Oelsnitz.

BL Sachsen der KPD.